

Nr. 16/227

Verantwortlicher Umgang mit der Vergabe von Hormonen in den Wechseljahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD
vom 16. März 2004
(Neufassung der Drs. 16/156 vom 27.02.04)
(Drucksache 16/191)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Hormonsubstitution und zu Alternativen im Umgang mit Wechseljahresbeschwerden, beispielsweise über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, durchgeführt wird,
2. zur Normalität der Wechseljahre und den Problemen der Hormontherapie Aufklärungsaktionen des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zu initiieren,
3. auf die beiden Stadtgemeinden und die Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes einzuwirken, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der öffentlichen Aufklärung zu beteiligen,
4. gemeinsam mit den Verantwortlichen im Gesundheitswesen im Land Bremen eine Bestandsaufnahme über die Verschreibungshäufigkeit zu erarbeiten und auf ein Monitoring der Entwicklung in den kommenden Jahren hinzuwirken,
5. Gespräche mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung im Land Bremen aufzunehmen mit dem Ziel, dass diese den niedergelassenen und den Krankenhausärztinnen und -ärzten, besonders der Fachgebiete Gynäkologie und Allgemeinmedizin, über ihre Fortbildungsmedien verstärkt Informationen zu den internationalen wissenschaftlichen Erkenntnissen im Umgang mit Hormonersatztherapie anzubieten. Damit verbunden werden sollte die Aufforderung an diese Ärztinnen und Ärzte, ihre Beratungs- und Verschreibungspraxis kritisch zu überprüfen. Ein besonderes Augenmerk ist auf Frauen mit Langzeithormontherapien zu richten,
6. Gespräche mit den Krankenkassen aufzunehmen mit dem Ziel, dass diese die bei ihnen versicherten und ratsuchenden Frauen umfassend nicht nur über Nutzen, sondern durch Flyer, Internetauftritte sowie Artikel in ihren hauseigenen Zeitschriften besonders auch über die Risiken der Hormonbehandlung aufklären,
7. im Rahmen seiner Fachaufsicht als Aufsichtsbehörde tätig zu werden, wenn Kliniken im Land Bremen durch öffentlich zugängliche Informationen nicht-evidenzbasierte Hinweise auf Hormonverschreibungen verbreiten,
8. dem Landtag über seine Bemühungen und Erfolge zu den unter 1. bis 7. genannten Aktivitäten zum 31. August 2004 Bericht zu erstatten.

Nr. 16/228

„Deutsches Auswanderungshaus“

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 1. März 2004
(Drucksache 16/158)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/229

Überprüfung von Vertragsverlängerungen (Investitionsgesellschaft/Stadtentwicklungsgesellschaft) in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 1. März 2004
(Drucksache 16/159)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/230

Umbau Buntentorsteinweg zwischen Kirchweg und Kornstraße

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/160)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/231

Verstärkung des Standortmarketings 2004/2005

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/161)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/232

Erweiterung/Anpassung der Regenwasserkanalisation im südlichen Fischereihafen in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/162)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/233

Columbus Cruise Center Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/163)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/234

InnoVision 2010 – Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie im Land Bremen

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/164)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/235

Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/165)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/236

Bürgerschaftsbank Bremen GmbH – Garantieübertragung

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/166)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/237

Georg-Bitter-Straße – Flankierende Maßnahmen Platz Am Schosterboorn

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/167)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/238

Landesprogramm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/168)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/239

ÖPNV-Anbindung des Büroparks Oberneuland und des Bremer Industrieparks

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/169)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/240

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz zur Höhe der Fraktionszuschüsse

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/170)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den in dem Bericht des Vorstands enthaltenen Festlegungen zur Höhe der Fraktionszuschüsse zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz Kenntnis.

Nr. 16/241

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 9. März 2004

(Drucksache 16/181)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/242

Jugendstrafvollzug: Nicht konzeptionslos Fakten schaffen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. März 2004

(Drucksache 16/182)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/243

Umsetzung des Konzeptes zur Neuorganisation des bremischen Strafvollzuges beginnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 16. März 2004

(Drucksache 16/193)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Umzugsverfahren des Jugend- und Frauenvollzuges bis zum 30. Juni zum Abschluss zu bringen, das heißt,
 - den Frauenvollzug in die Anstalt am Fuchsberg zu verlegen,
 - die Jugendlichen aus Bremen übergangsweise in das Haus IV der JVA Bremen zu verlegen,
 - die Jugendlichen aus Niedersachsen nach Hameln zurück zu verlegen,
2. die Verhandlungen mit dem Justizministerium Hannover über die Verlegung des Bremischen Jugendstrafvollzuges nach Niedersachsen alsbald zum Abschluss zu bringen und der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Nr. 16/244

Bremens Entwicklungszusammenarbeit fortführen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 16. März 2004

(Drucksache 16/190)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin die humanitären und ökologischen Aufgaben sowie auf EU-Ebene die Sicherung der Komplementärfinanzierung für Nichtregierungsorganisationen (NGO) sicherzustellen.
2. Der Senat wird ferner aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine organisatorische Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftsförderung und Standortmarketing im Sinne der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit möglich ist, und dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit bis Oktober 2004 darüber zu berichten.

Nr. 16/245

Demontage erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit beenden – Bremens Stärken liegen auch buten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. März 2004
(Drucksache 16/195)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

